

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Überflugverbot über das Gelände des Forschungsreaktors des Helmholtz-Zentrums

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Flugsicherung dafür einzusetzen, dass die Flugrouten nicht über das Gelände des Forschungsreaktors und die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle im Helmholtz-Zentrum verlaufen, sodass dort ein generelles Flugverbot gilt. Darüber hinaus sind die baulichen Sicherheitsstandards der Anlage so zu erhöhen, sodass im Falle eines Flugzeugabsturzes keine radioaktiven Emissionen frei gesetzt werden können.

Begründung

Die Reaktorkatastrophe in Fukushima hat gezeigt, dass es absolute Sicherheit im Umgang mit der Kernkraft nicht gibt.

Von Forschungsreaktor und der Landessammelstelle geht zwar bei weitem kein so großes Verstrahlungsrisiko aus wie von einem Atomkraftwerk, dennoch darf das Risikopotenzial nicht unterschätzt werden, da die Freisetzung von Strahlung so gravierende und lang anhaltende Folgen hat.

So kann Radioaktivität beispielsweise frei werden, wenn ein Flugzeugabsturz die Betonhülle des Reaktors zerstört. Weil Störfälle in Betracht gezogen werden müssen, wurden in der Vergangenheit Merkblätter an die umliegenden Nachbarn verteilt. Demnach würde der mögliche Evakuierungsradius 500 bis 2500 Meter umfassen. Diese Zone würde im Ernstfall für lange Zeiten verstrahlt werden.

Aus Sicherheitsgründen wurde im Jahr 2003 über dem Gebiet um den Forschungsreaktor eine Flugbeschränkungszone eingerichtet. Seitdem dürfen Flugzeuge grundsätzlich nicht tiefer als 700 Meter über den Reaktor hinweg fliegen. Angesichts der aktuellen Erkenntnisse müssen die Sicherheitsmaßnahmen erweitert werden. Dies soll erfolgen, indem Flugrouten so ausgewiesen werden, dass der Reaktor nicht überflogen wird und indem quasi ein generelles Überflugverbot verhängt wird.

Darüber hinaus müssen Gebäude, in denen sich strahlendes Material befindet, durch geeignete bauliche Maßnahmen bestmöglich gegen Flugzeugabstürze geschützt werden.

Berlin, den 29. März 2011

Pop Ratzmann Hämmerling
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen